

Echo vom Berg

Traktorenkönige und Bauernopfer

So wichtig die bäuerlichen Direktzahlungen auch sind, wir müssen aufpassen, dass sie nicht jene aus dem Feld schlagen, die wir eigentlich schützen wollten: kleine und mittlere Bergbauernbetriebe.

Wenn in den nächsten Tagen das phänomenale, innovativ und logistisch ausgetüftelt organisierte Pfadi-Bundeslager seine 800 Zelteinheiten zwischen Geschnen und Obergesteln abbricht, treten in der grossen Talebene wieder andere, weniger erbauliche Realitäten ins Blickfeld: der hinter der schönen Landschaftskulisse schwelende Kampf um die besten landwirtschaftlichen Böden – und das nicht nur im oberen Goms.

Die Geschichten, die man über die Bodengeschäfte erzählt bekommt, versetzen mich zurück in die Auseinandersetzungen vor vierzig Jahren. Als wir im April 1986 in der immer noch existierenden Oppositionszeitung «Rote Anneliese» mit einem Bauern-Dossier gegen den grossen Agrar-Bschiss ins Feld zogen, propagierten wir als Alternative zu den produktionsabhängigen Subventionen, welche vor allem die Säcke der grossen Mittellandbauern füllten, ein neues System mit flächenabhängigen Direktzahlungen.

Der Oberwalliser und der Schweizer Bauernverband schrien Zeter und Mordio, bezichtigten uns als Totengrä-

ber der Berglandwirtschaft, was besonders mir, dem Bergbauernsohn, als politisches Kapitalverbrechen zur Last gelegt wurde. Und vermeintlich bestraft wurde. Jedenfalls brachte ich es damals bei der Wahl des neuen Bauernsekretärs gerade mal auf eine Stimme. Ist auch piepegal. Wichtiger ist, dass zehn Jahre später die Direktzahlungen eingeführt wurden und seither das Überleben Tausender Bergbauernbetriebe sicherten.

Doch wie jede Medaille hat auch diese eine Kehrseite, die jetzt immer sichtbarer wird. Weil die Ställe immer grösser, die Maschinenparks immer grossklotziger werden, trachten die Traktorenkönige, die weder eine Sense noch einen Rechen mehr brauchen, nach mehr direktzahlungsberechtigtem Boden, drängen aggressiv vom Tal herauf in neue Gefilde vor, kaufen oder pachten Matten und Weiden, was die Bank hergibt oder finanzkräftige Hintermänner mit spekulativen Absichten sponoren. Was dabei an Kauf- und Pachtsummen offiziell und was schwarz sprudelt, weiss niemand.

War damals ein Bergbauernbetrieb mit 30 bis 40 Hektaren

ein Grossbetrieb, so wird er heute bemitleidet an die Wand gedrückt. Ein gefundenes Bauernopfer. Es gibt mittlerweile clevere «Bergbauern», die 100 Hektaren Land bewirtschaften und schon eine Viertelmillionen Direktzahlungen unter der Matratze haben, bevor sie morgens aufstehen.

Es liest sich für Sie vermutlich wie penetrante Besserwisserie, die Ihnen sowieso auf den Wecker geht. Aber die Gefahr der Landjägerei aufgrund der Direktzahlungen haben wir schon damals erkannt. Deshalb sah unser Vorschlag erstens einen Sockelbeitrag von 10 000 Franken für jeden Betrieb und zweitens einen Flächenbeitrag vor, der mit zunehmender Fläche abnimmt. Der Effekt wäre je nach Ausgestaltung des degressiven Beitragsmodells gewesen, dass es sich nicht auszahlt, 80 statt nur 60 Hektaren zu bewirtschaften.

Vielleicht greift jemand aus dem Berggebiet in Bundesbern diesen Vorschlag im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe auf? Das wäre auch die Gelegenheit, darüber zu hirnieren, wie die Direktzahlungen mit qualitativen Kriterien

aufgewertet werden könnten. Es macht schon einen Unterschied, ob ein Bauer Bio-Milch und Bio-Käse produziert oder profane Industriemilch liefert.

Nicht zu reden von der Topografie. Wenn unsere Bauernfamilie Albi und Josianne Mathieu in Albinen in ständiger Steillage zwischen dem «Güüdiri» auf 1000 Meter Meereshöhe und dem «Deleeschi» auf 1700 Metern 50 Hektaren bearbeitet, ist das schon eine ungleich härtere und viel aufwendigere Arbeit als zwischen Geschnen und Obergesteln sitzend mit einem Fuss auf dem Gaspedal die doppelte Fläche abzuheuen.

Nehmen wir ein Beispiel an den Pfadis – und suchen kreativ nach Lösungen.



Beat Jost, 1954, ist Gemeindepräsident in Albinen und war Journalist, Gewerkschafter und Grossrat.
beat.jost@albinen.ch

Kolumne

Kulturland schützen!

Die Bevölkerungszahl in der Schweiz explodiert. Gleichzeitig bleibt viel potenzieller Wohnraum ungenutzt. Das muss sich ändern.

So krass wie im Raum Visp mit der Expansion der Lonza-Werke mag es schweizweit nicht überall sein. Aber wir kennen das Phänomen. Mehr Leute benötigen mehr Platz und damit auch mehr Wohn- und Lebensraum. Hatte die Schweiz im Jahre 1900 noch rund 3 Millionen Einwohner und im Jahre 1950 gut 4,5 Millionen Einwohner, explodiert die Bevölkerungszahl seit der Einführung der Personenfreizügigkeit und damit der Aufgabe einer eigenständigen Zuwanderungspolitik ins Bodenlose. Die Zahl von 9 Millionen Einwohner wird in Kürze überschritten. Damit verdoppelte sich seit 1950 die Einwohnerzahl der Schweiz, und eine Prognose aus dem Jahre 2010 vom Bundesamt für Statistik, die prophezeite, dass die Einwohnerzahl sich in den kommenden Jahren markant erhöhen werde und unser Land im Jahr 2060 die 9-Millionen-Einwohnergrenze knacken werde, klingt zwischenzeitlich nur noch hohl. Wir schreiben erst das Jahr 2022. Unsere bezahlten Statistiker haben sich also um schwach 40 Jahre verschätzt. Die aktuelle Bevölkerungsexplosion ist nicht mehr natürlich. Sie ist politisch verursacht und hinterlässt ihre Spu-

ren. Mehr Zugewanderte heisst mehr Infrastruktur, mehr Schulhäuser, Strassen, Spitalbetten und natürlich mehr Wohnraum. Und was ist die Folge? Es wird wertvolles Kulturland (vielfach topfebenes fruchtbares Land) mit neuem Wohnraum überbaut. Es entstehen zu Tausenden neue Blöcke, Häuser und Siedlungen.

In Zeiten, in denen uns allen schmerzlich bewusst wird, dass der ewige Frieden – solange die Menschheit besteht – nie ausbrechen wird, in denen uns klar wird, dass Sicherheit, Lebensmittel und Energie nicht vom Ausland geholt werden können, wenn diejenigen selbst in der Krise stecken, ist eine solche Verminderung der eigenen Nahrungsmittelbasis mehr als nur fahrlässig. Gar nicht zu denken an all die Renaturierungsprojekte entlang der Schweizer Flüsse, die zusätzlich Tausende Hektaren Landwirtschaftsland unfruchtbar machen und uns die Malaria zurückbringen werden.

Was wäre die Lösung, um dem Verlust von Kulturland entgegenzutreten? Abgesehen davon, dass die unkontrollierte Einwanderung gestoppt werden muss, gäbe es eine ganz einfa-

che Lösung. Es sind die bereits bestehenden Bauten. Mit einer besseren Nutzung bestehender Bauten müsste kein Quadratmeter Boden neu verbaut werden. Bestehende Bauten (auch ausserhalb der Bauzone) sollten viel einfacher abgebrochen, wiederaufgebaut, renoviert oder umgenutzt werden. Ich denke etwa an die Umnutzung bestehender, erschlossener Ökonomiebauten. Nicht erschlossene Bauten sollten ebenfalls umgenutzt werden können. Gerade im Wallis gibt es viele solcher alten Bauten, und müssten allfällige Erschliessungskosten selbst getragen und der ortsbildliche Charakter eingehalten werden, was würde dem widersprechen?

In Südtirol habe ich zu meiner Zeit in Bundesbern kleine Bauernhöfe entdeckt und mich gefragt, wie diese existieren können. Bis ich gemerkt habe, die lebten von den drei bis vier Wohnungen, die sie auf dem Betrieb realisieren konnten und weniger von den Kühen im Stall. Also reiste ich mit einer Parlamentsdelegation zur Besichtigung nach Südtirol und als ich in die Gesetzesbücher blickte, war ich doch baff und etwas überrascht. Die Gesetze schienen

mir auf den ersten Blick noch restriktiver als unsere Schweizer Gesetze. Ein Minister erklärte es mir dann so: «Schauen Sie, Herr Brunner, wir haben zwar deutsche Gesetze, aber wir wenden sie mit italienischer Gründlichkeit an.» Was wir brauchen, sind weniger einschränkende Gesetze. Ob Industriebauten, ehemalige Gewerbekomplexe oder Landwirtschaftsbauten, diese sollten einfacher zu Wohnraum umfunktioniert werden können. Einzige Voraussetzung, sie müssen schon erschlossen sein. Der grosse Vorteil: Bestehende Bauten werden nicht dem Zerfall preisgegeben. Es kann viel attraktiver neuer Wohnraum geschaffen werden, ohne dass neues Kulturland verbaut werden muss. Dazu brauchen wir den Willen aller Akteure. Gerade jene Kreise, die vorgeben, sich für die Natur und Landschaft einzusetzen, sind jetzt gefordert.



Toni Brunner, 1974, Ebnat-Kappel, Bergbauer und Gastwirt.
info@hausderfreiheit.ch

ANZEIGE

Die vorlaufenden Einkaufsmanagerindizes verlieren an Schwung

Die zusammengesetzten vorlaufenden Einkaufsmanagerindizes fielen sowohl in der Eurozone als auch in den USA unter die 50-Punkte-Marke. Ein Wert unter 50 zeigt an, dass die Wirtschaftstätigkeit schrumpft. In Europa verzeichnet der zusammengesetzte Index einen Stand von 49,9, während er im Vormonat noch bei 52 gelegen hatte. In den USA wurde beim Composite Index ein Stand von 47,7 verzeichnet. Der amerikanische Produktionssektor (52,2) entwickelt sich besser als der Dienstleistungssektor (47,3), welcher mehr als zwei Drittel der Wirtschaftsaktivität ausmacht. Dies ist der niedrigste Stand seit 2009 (ausserhalb der Covid-Periode). Trotzdem stellten die Unternehmen weiterhin fleissig Mitarbeiter ein. In Europa verzeichnete der Dienstleistungssektor einen Wert von 51,2, während die Zahl für das verarbeitende Gewerbe bei 49,8 lag. In Deutschland lagen die Werte für das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor unter 50 Punkten. In Frankreich schnitt der Dienstleistungssektor (53,2) besser ab als das verarbeitende Gewerbe (49,5).

Unternehmensergebnisse

Adecco

Auch wenn der Arbeitsmarkt im zweiten Quartal Anzeichen von Widerstandskraft zeigte, ist er ein Indikator, den man im Auge behalten sollte, da er die Dynamik anzeigt: die Zeitarbeit. Im Moment tendiert dieser dazu, so solide zu bleiben. Adecco meldete einen Umsatz, der im Vergleich zum zweiten Vorjahresquartal um 13 % auf 5,9 Milliarden Euro stieg. Der Nettogewinn für das zweite Quartal blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück und sank um 47 % auf 77 Millionen Euro, während die Analysten mit einem Gewinn

«Ein Wert unter 50 zeigt an, dass die Wirtschaftstätigkeit schrumpft.»

Thomas Clausen
Kundenberater WKB

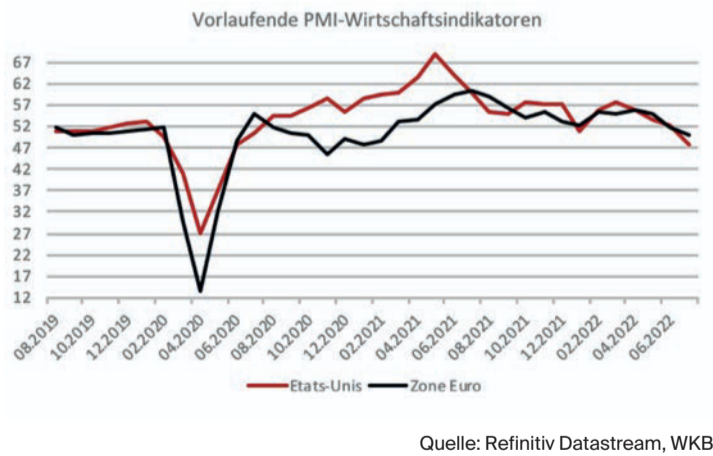
von 120 Millionen Euro bei einem Umsatz von 5,9 Milliarden Euro gerechnet hatten.

Swisscom

Der führende Schweizer Telekommunikationsanbieter schloss die ersten sechs Monate des Jahres 2022 mit einem Reingewinn von 785 Millionen Franken ab, was einem Rückgang um fast ein Viertel im Jahresvergleich entspricht. Die Halbjahresperformance von Swisscom wurde durch eine von der Wettbewerbskommission (WEKO) verhängte Busse von fast 72 Millionen und andere Sondereffekte belastet. Der Umsatz ging um 1,6 % auf 5,49 Milliarden Franken zurück.



Thomas Clausen
Kundenberater
Private Banking WKB



Pier

erweitern wir die Perspektiven

Vermehren Sie schrittweise Ihr Vermögen mit **WKB Step Invest**.

Walliser Kantonalbank

Fühlen Sie sich zuhause

wkb.ch

Die historische Wertentwicklung ist kein Indikator für die laufende oder zukünftige Wertentwicklung.